



DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 2, Nr.1 – Zusammenfassung

Friedenspolitik – Eine Einführung mit Cornelia Füllkrug-Weitzel

Einleitung:

Die Relevanz der Frage der aktiven Friedensarbeit in der gegenwärtigen Situation können sich alle verdeutlichen: Das UN-Flüchtlingshilfswerk meldete Ende 2019 79,9 Millionen Menschen auf der Flucht; das ist mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung und eine Verdopplung seit 2010.

Der UNHCR nennt als Hauptursachen: Kriege, Bürgerkriege und andere Gewalthandlungen.

Mehr als 70 Prozent der Flüchtlinge in der BRD kommen aus Kriegs- und Krisengebieten, überwiegend aus Afghanistan und Syrien.

Schon auf Grund dieser Tatsachen ist es dringend geboten, der Eskalation von Konflikten strukturell und diplomatisch vorzubeugen, der Gewalt entgegenzuwirken – also bereits eskalierende Gewalt mit zivilen Methoden einzuhegen und sie mit Hilfe von gewaltfreien Drittparteien zu deeskalieren – und durch Nachsorge das Wiederaufbrechen von Gewalt verhindern.

Mittel ziviler Konfliktbearbeitung

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen sollte die Überwindung von strukturellen Problemen, die Gewaltkonflikte fördern, stehen. Das sind etwa: wirtschaftliche und politische Ausgrenzungen, die Vorenthaltung von Menschenrechten, der Entzug von Lebensgrundlagen, schlechte Regierungsführung und systematische Diskriminierungen. Das alles sind Gewaltursache, die im Zuge gewaltfreier Konfliktprävention zu bearbeiten sind und werden müssen.

Um dies zu tun bedarf es einer sehr engen Zusammenarbeit von Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im präventiven Bereich tätig sind, und: Wir müssen



DL21

#leftlessons

frühzeitig Konfliktdynamiken entgegenwirken können, sie also auch früh erkennen können. Für uns sollte also alles wesentlich sein, was Gewaltprävention und menschlicher Sicherheit dient.

Politisch hieße das unter anderem, dass die Mittel und institutionellen Möglichkeiten für zivile Krisenprävention und Friedensförderung im Rahmen der UN und EU enorm ausgebaut werden müssen – immer im engen Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren (Multi Track Diplomacy). Es ist nämlich zu berücksichtigen, dass die Nichtregierungsorganisationen (NROn) mehr Vertrauen als die meisten Staaten genießen, da letztere oft mit ökonomischen und militärischen Druckmitteln unterwegs sind und so ihre Akzeptanz verlieren. Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung in Friedensprozessen hängt davon ab, eine sehr restriktive Waffenexportpolitik durchzusetzen!

Folgt man diesen Prämissen, können viele innerstaatliche Kriege durch Abkommen beigelegt werden, die von NROs und auch von religiösen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Würdenträgern vermittelt werden können. Dafür gibt es bereits jetzt viele positive Beispiele und eine Fülle von NGOs ist in Prävention, Nachsorge o.ä. tätig.

Allerdings erfordert dies auch den Schutz und die Förderung von solchen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie sind in vielen Teilen der Welt extremen Bedrohungen in ihrer Arbeit ausgesetztⁱ.

Deshalb muss auch die Kooperation mit Regimes im Bereich des Sicherheitssektor beendet oder mindestens ganz anders orientiert werden. Die sogenannten „Ertüchtigungen“ wie im Irak, Jordanien, Mali, Nigeria und Tunesien sind Ertüchtigungen repressive Regimes gegen die Zivilgesellschaft. Sie bekommen von hier Waffen, Sicherheitsapparate und Ausbildung.

Wenn also überhaupt eine Kooperation mit Sicherheitsapparaten anderer Staaten erfolgt, muss sie menschenrechtswirksam und friedensbildend sein. Das in der Leitlinie der Bundesregierung von 2017ⁱⁱ verankerte „Do no harm“-Prinzip – müsste dafür überwacht und durchgesetzt werden.

In Bezug auf die Europäische Union müsste die Außen- und Entwicklungspolitik von der Migrationsagenda und Sicherheitslogik befreit werden. Entwicklungspolitische Mittel dürfen nur im Sinne der Armutsbekämpfung und nicht für Migrationsabwehr genutzt werden. Anstelle der Aufrüstung geht es um eine deutlich bessere Ausstattung der Mediationskapazitäten, um die Stärkung der zivilen europäischen Friedensmission und European Peace Facilities. Auch



DL21

#leftlessons

die Kriterien des gemeinsamen Standpunktes zu Rüstungsexportenⁱⁱⁱ müssten erfüllt und konsequent in nationales Recht überführt werden.

Menschliche Sicherheit: Verantwortung in der Welt zivil wahrnehmen

Seit 2000 wird auch im Kontext vorherrschender deutscher Politik über „Sicherheit“ im globalen Kontext fast ausschließlich militärisch nachgedacht. Das zu überwinden erfordert einen anderen Begriff von Sicherheit – die „menschliche Sicherheit“. Sie gründet in den unteilbaren Menschenrechten, dem UN-Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie der Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen.

Dafür müssen wir nicht allein unsere Außen- und Sicherheitspolitik grundlegend ändern, sondern alle Beziehungen unserer Gesellschaft zu anderen. Anhand der genannten Menschenrechtskonventionen sind durchgreifende Regeln für Energiegewinnung, für Produktion und Handel zu entwickeln und den Unternehmen aufzuerlegen. Beispielsweise müssten wir ein EU-weit geltendes Lieferkettengesetz erwirken, dass ausschließt, dass Menschenrechte durch (unternehmerische) Investitionen verletzt werden. Eine solche radikale Änderung der internationalen Beziehungen der BRD würde sogar ermöglichen, dass man mit vergleichsweise wenig Geld einen wesentlichen Beitrag zur menschlichen Sicherheit leisten kann.

Zu ändern ist daher, dass sich die deutsche Politik meist gar nicht für Menschenrechte interessiert, wenn extraktiv gewirtschaftet wird, Menschen durch das Handeln großer Unternehmen von ihrem Land vertrieben werden oder ansonsten in ihren Lebensmöglichkeiten bedroht. Wir müssen weit über die Entwicklungshilfe hinaus weitere Schädigungen der Lebensgrundlagen aller Menschen verhindern, beispielsweise wachsenden Konflikten um Wasser und fruchtbares Land durch eine Veränderung unserer Ökonomie vorbeugen. So kann man Menschen wirklich schützen, anstatt dadurch, dass man militärische „Schutzmaßnahmen“ durchführt, wenn Konflikte entstanden und längst gewaltsam eskaliert sind.

Die Unmoralität des Moralisiertens in der Außenpolitik



DL21

#leftlessons

Wir müssen systematisch hinterfragen: Mit welchem Standard und aus welchen Motiven und Interessen beschäftigen uns die Menschenrechte in anderen Ländern?

Häufig werden sie zur Rechtfertigung von militärischen Interventionen herangezogen – dann wir von der Responsibility to protect (R2P) gesprochen.

Seit 2001 gibt es eine intensive Debatte über diesen Begriff in der Völkergemeinschaft. Hier wird aber selben wahrgenommen, dass da – im Einklang mit dem Gebot des Gewaltverzichts der UN – militärische Intervention nur als aller aller aller letztes Mittel reflektiert wird. Stattdessen wird R2P über drei Säulen definiert: Responsibility to prevent (Vorbeugen), Responsibility to react (Reagieren) und Responsibility to rehabilitate (Wiederherstellen).

Dies zeigt im Übrigen ein großes Defizit der herrschenden Politik auf: die fehlende Auseinandersetzung mit Annäherung, Verständigung, Versöhnung und Wiederaufbau in von Gewaltkonflikten beschädigten Gesellschaften. Es gibt so gut wie keine Konfliktnachsorge, was oft bedeutet: Nach dem Krieg ist vor dem Krieg.

Aber auch die zweite Säule – „Reagieren“ oder „Eingreifen“ – unterscheidet sich vom landläufigen Politikverständnis. Bis heute gibt es keine internationale Rechtsnorm, die eine Responsibility to Protect mit Mitteln der militärischen Intervention legitimiert. Dafür ist das viel zu umstritten und haben Eingriffe wie in Libyen, wo es offenkundig um Regimechange ging und die Auswirkungen verheerend sind, diesen Ansatz auch delegitimiert.

Wenn überhaupt eine militärische Intervention diskutabel sein soll, dann müsste es schon klare Kriterien geben und ein UN-Mandat müsste gegeben sein, die Mittel müssten verhältnismäßig und begrenzt sein, Aussicht auf Erfolg haben und der schnellstmögliche Verzicht auf Gewaltanwendung Teil des Plan. Menschenrechtsverletzungen zu unterbinden oder einen Regimechange durchzuführen gehören nicht zu diesen Kriterien. Diese „moralische“ Verantwortung – ähnlich dem des überwundenen kirchlichen Konzepts des „gerechten Krieges“ – öffnet Tür und Tor für einen grenzenlosen Interventionismus. Mit dem werden aber nicht Menschenrechte, sondern entgegengesetzte Interessen durchgesetzt.

Mindestens in den letzten zehn Jahren hat es keine militärische Intervention gegeben, die den Erfolg gehabt hätte, dass die betroffene Bevölkerung durch die Intervention nun in Frieden und in menschlicher Sicherheit lebt.

Gegen die „moralische“ Erpressung, man müsse militärisch intervenieren und würde sich sonst mitschuldig machen – wie zum Beispiel unter Bemühung von „Nie-Wieder-Auschwitz“-Rhetorik



DL21

#leftlessons

zur Rechtfertigung des Jugoslawienkrieges 1999 –, muss man gerade in politisch so aufgeheizten Zeiten wie heute auf folgende Grunderkenntnis setzen:

Mit Emotionalisierung des politischen Diskurses ist dem Frieden niemandem gedient. Es gibt nie den „nur Guten“ oder den „nur Bösen“. Die Bemühung von Schuld, Verurteilung und Verdammung in Bezug auf eine Konfliktpartei und die Idealisierung einer anderen heizen Konflikte nur auf und verschleiern den Blick auf die Wirklichkeit.

Nur dann kann man das starke Mittel der Diplomatie gut einsetzen. Bei ihr läuft nichts mit Verdammung, sondern nur dadurch, Dialogräume zu eröffnen, Perspektivwechsel zu vollziehen und zu ermöglichen, Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, die Interessen aller Beteiligten – auch die immateriellen – verstehbar zu machen...

Will man Sanktionen anwenden, müsste man so konsequent sein, überall gleiche Maßstäbe anzusetzen und nicht die einen Regimes unter Druck zu setzen, während man mit anderen gute (Geschäfts-) Beziehungen pflegt. Wenn man das Mittel willkürlich anwendet, betrügt man die Bevölkerung.

Militarisierung oder Zivilisierung der EU?

Im Kontext europäischer Sicherheitspolitik darf man nie außer Acht lassen, dass Frankreich eine fortwirkende Kolonialmacht in Afrika und eine Atommacht ist. Da darf man keine gemeinsamen Wege gehen. Es geht nicht um eine Europäisierung der Verteidigungspolitik. Auf europäische rEbene muss vor allem mehr für den Präventionsbereich, die Friedensdiplomatie und die Konfliktnachsorge getan werden. Und der Irakkrieg hat gezeigt, wie wichtig - im Interesse des Friedens ! – ein Sondervotum der Bundesrepublik sein kann.

Im Schatten von Covid-19 wird nun gerade versucht das Budget für zivile Entwicklung in der EU zu halbieren, während es – gerade jetzt angesichts der Verheerenden ökonomischen Folgen des globalen Lock-Downs – verdoppelt oder verdreifacht gehört!

Rüstungsexporte stoppen!

Für eine wirksame Friedenspolitik muss auch damit aufgeräumt werden, dass Rüstungsexporte eine Möglichkeit zur positiven Beeinflussung der Politik anderer Ländern



DL21

#leftlessons

wären. Das Hauptinteresse in Deutschland an einer immer ausgreifenderen und lukrativeren Rüstungsexportpolitik ist – neben dem Gewinninteresse – die Vorstellung der Bundeswehr und Verteidigungspolitik, wir bräuchten Waffenexporte, um die deutschen Waffenschmieden auf hohem Entwicklungs- und Produktionsstandard zu halten, was wiederum der Verteidigungsfähigkeit der BRD diene. Das Paradoxe und „praktische“ an diesem Argument ist, dass es besonders dann gilt, wenn die BRD selbst nicht in so viele Kriege involviert ist; also immer. Denn wenn die Rüstungsindustrie schon nicht viel an den deutschen Staat absetzen kann, dann soll sie es wenigstens wo anders tun, damit sie ihre Produktionskapazitäten auf dem höchsten Stand hält.

Man kann schon berechtigt bezweifeln, ob die „Bedrohungslagen“ die diese Ausstattung der Bundeswehr rechtfertigen sollen bestehen. Aber selbst solange man diese Art der Verteidigungsfähigkeit politisch will wäre ja naheliegend, dies anstatt durch Wettbewerb auf dem Waffenexportmarkt durch gezielte innereuropäische Kooperationen bei verringerten Produktionskapazitäten zu lösen. Das wäre im Übrigen etwas ganz anderes als die Forderung von Ursula von der Leyen, die gerade massiv den Ausbau der Rüstungsforschung und Rüstungskapazitäten auf EU-Ebene forciert und wogegen die Sozialdemokratie mehr vorgehen müsste.

Nebenbei bemerkenswert ist, dass es eine gemeinsame europäische Produktion von Rüstungsgütern zur ökonomischen Unabhängigkeit von Dritten schon lange gibt, aber bei der Herstellung von medizinischen Produkten, wie wir gerade gesehen haben, nicht. Worum geht es also wirklich?

Ein wirksamer politischer Hebel ist erheblich restriktiver in den Exportbestimmungen für Waffen, Wehrtechnik und Munitoin aller Art zu werden. Zum Beispiel muss die Unterscheidung in Zielregionen fallen, die ermöglicht hat, dass Heckler&Koch Kleinwaffen in Mexikanische Bundesstaaten geliefert hat, die angeblich ohne Gewaltkonflikte seien, obgleich völlig klar war, dass sie von dort ohne jede Hürde in die Konfliktgebiete gelangen. Solche Regionalunterscheidungen sind nichts als Augenwischerei.

Was sollte die SPD tun?

Wir müssen eine zivile Alternative zu den sicherheitspolitischen, militärischen Erzählungen und Strategien auf allen Ebenen der Gesellschaft etablieren. Unerlässlich ist dafür die klare



DL21

#leftlessons

Priorität der gewaltfreien Mittel der Friedenswahrung und -entwicklung. Gewaltfreiheit sei oberstes Prinzip!

Wir müssen die Moralisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit Rationalität und Aufklärung bezogen auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte und des Friedens entgegenwirken, stark für Diplomatie werben und alle ihre zivilisierenden Instrumente nutzen und fördern. Wir müssen öffentlich aufzeigen, was man alles tun kann, was kein Krieg und keine Gewalt ist, um die Lage von Menschen zu verbessern. Frieden ist ein Prozess der einen langen Atem erfordert und keine schnellen, einfachen Lösungen kennt. Der Ruf danach entspricht vielleicht einem vorherrschenden wirtschaftlichen Denken, aber nicht der menschlichen Lebenswelt. Wer keine Ausdauer hat, sollte auch auf kurzer Strecke nicht nach Frieden verlangen!

Was wir am besten tun, ist: mit der der ökonomische, sozialen und kulturellen Stärkung der Menschen, der Gesellschaft und dafür der Menschenrechte ansetzen.

ⁱ <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

ⁱⁱ <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/1213498/d98437ca3ba49c0ec6a461570f56211f/krisen-verhindern-data.pdf>

ⁱⁱⁱ <https://sicherheitspolitik.bpb.de/m3/articles/eu-common-position-on-arms-exports>